

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 22.12.2006, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier,
Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr.
Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse,
Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Pötter, Röhrkohl, Sauer, Schaffner,
Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Dorn, Götting, Markus, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr.
Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Gottschaldt, Metz, Schäfer

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann
Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Stadtrat Reinhard, Stadträtin Schulze-Stampe, Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,
Stadtverordnete Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen), Darabos (Marburger Linke), Köster-
Sollwedel (Marburger Linke),

Schriefführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23.02.2007 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Der Stadtverordnete Metz (Marburger Linke) beantragt eine Ergänzung der Niederschrift auf Seite 23, TOP 9.3, Bericht des Sozialausschusses. Dort soll formuliert werden "Der Antrag wurde im Sozialausschuss gegen den Willen der antragstellenden Fraktion wie folgt abgeändert:".

Der Stadtverordnetenvorsteher sagt eine Ergänzung der Niederschrift zu.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen empfohlenen Aussprachen und Zurückstellungen.

Weiterhin wurde in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates empfohlen, folgende Tischvorlagen in die Tagesordnung aufzunehmen:

TOP 3.1 "Verkauf eines Baugrundstückes im Stadtteil Bauerbach" VO/1121/2007

Zu dieser Vorlage wurde im Ältestenrat die Aussprache angemeldet.

TOP 9.2 "Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2006, hier: Erläuterungen zum Jahresabschluss" VO/1209/2007

Gegen die Aufnahme dieser Tagesordnungspunkte wird nicht gesprochen. Folglich wird die Tagesordnung wie vorgeschlagen ergänzt.

Der Stadtverordnete Ludwig (MBL) spricht zu dem im Ältestenrat vorgelegten dringlichen Antrag seiner Fraktion betr. Einladung von Fraktionsvertretern/innen. Der Dringlichkeitsantrag wurde im Ältestenrat nach einer entsprechenden Erklärung des Oberbürgermeisters zurückgezogen und als erledigt betrachtet. Der Stadtverordnete Ludwig bittet den Oberbürgermeister seine Erklärung aus

dem Ältestenrat hier im Hause nochmals vorzutragen.

Wunschgemäß berichtet der Oberbürgermeister, dass die Vertreter und Vertreterinnen der Fraktionen selbstverständlich gerne zu den entsprechenden Veranstaltungen eingeladen werden, wenn Initiativen der Fraktion verwirklicht wurden. Ein entsprechender Hinweis für alle Fachdienste wird im städtischen Mitteilungsblatt demnächst veröffentlicht.

Weiterhin zum Ablauf der Sitzung:

Der Stadtverordnetenvorsteher bezieht sich auf die gestrige Sitzung des Ältestenrates und ordnet im Wege seines Hausrechts ein Rauchverbot in dem Kantinenraum und im Vorraum des Stadtverordnetensitzungssaales sowie auf der Galerie an. Die Raucher werden gebeten, nur außerhalb dieser Räume zu rauchen. Dies gilt auch für alle künftigen Ausschusssitzungen.

Sonstige Änderungswünsche zur Tagesordnung und zum Sitzungsverlauf werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt mit den vorgetragenen Änderungen als genehmigt.

**zu 3.1 Verkauf eines Baugrundstückes im Stadtteil Bauerbach
Vorlage: VO/1121/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Da nach der Geschäftsordnung die erforderliche Mehrheit von mindestens 3/4 der Mitglieder des Ausschusses nicht erreicht ist, wird die Stadtverordnetenversammlung gebeten, über diese Vorlage zu entscheiden. Aussprache wurde in der Sitzung des Ältestenrates angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen der Stadtverordnete Lohse (CDU), Bürgermeister Dr. Kahle, die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), erneut Bürgermeister Dr. Kahle sowie die Stadtverordneten Stompfe (CDU) und Dr. Uchtmann (MBL).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, MBL und FDP, gegen die Stimmen der CDU und teilweise der Marburger Linken folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg veräußert an Herrn Dr. Roland Moll, wohnhaft Bauerbach, Hopfengarten 16 in 35043 Marburg, das Grundstück

Gemarkung Bauerbach, Flur 1, Flurstück 266/3 = 759 qm.

Darüber hinaus erwirbt Herr Dr. Moll eine ideelle Hälfte des als private Erschließungsfläche vorgesehenen Grundstückes Nr. 266/2 = 60 qm.

Der Gesamtverkaufspreis beträgt pauschal 75.250,-- €.

Vertraglich wird geregelt, dass die Bebauung des Grundstückes innerhalb von drei Jahren zu erfolgen hat. Eine Weiterveräußerung des unbebauten

Grundstückes wird ausgeschlossen.

Die Kosten des Kaufvertrages und seiner Durchführung trägt der Erwerber.

Der Verkaufserlös ist bei Haushaltsstelle 2.8800.340000 zu vereinnahmen.

zu 4 Fragestunde

**zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 1 3/2007)
Vorlage: VO/1212/2007**

Wie kann der weitere Verfall des sog. „Lokschuppens" gegenüber der „Waggonhalle" aufgehalten werden und könnte das Gebäude als „Spielearchiv" genutzt werden?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg, Untere Denkmalschutzbehörde, hat die Deutsche Bahn schon mehrfach aufgefordert, die notwendigen Sicherungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an dem ehem. Lokschuppen des Marburger Hauptbahnhofes vorzunehmen.

Unter Hinweis auf § 11 und 12 des Hess. Denkmalschutzgesetzes (Erhaltungspflicht, Durchsetzung der Erhaltung) wurde sie schriftlich aufgefordert, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Bisher sind jedoch nur Sicherungs- und Rückbaumaßnahmen vorgenommen worden. Die Deutsche Bahn soll nunmehr erneut aufgefordert werden, zur Sicherung der Bausubstanz die Dacheindeckung im Bereich des Kernbaues in Stand zu setzen, um irreparable Schäden an der historischen Dachkonstruktion des Lokschuppens auszuschließen.

Neben anderen Nutzungsüberlegungen eignet sich der Lokschuppen auch für die Einrichtung des Deutsche Spielearchivs. Auch der Denkmalbeirat der Stadt Marburg hat sich in mehreren Sitzungen mit Nutzungsfragen befasst und sich durch eine Ortsbegehung von dem baulichen Zustand einen Eindruck verschafft und nachhaltig an die Deutsche Bahn appelliert, die notwendigen Voraussetzungen für die Erhaltung und Nutzung des Lokschuppens zu schaffen.

**zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 2 3/2007)
Vorlage: VO/1213/2007**

Wann wird der für das erste Halbjahr 2006 angekündigte Katalog der Denkmaltopografie Marburgs endlich veröffentlicht?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Am 19. Dezember 2006 hat das Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Wiesbaden, die Manuskripte über die Denkmaltopografie Marburg II,

Stadterweiterung und Ortsteile, zwecks Benennungsherstellung gemäß § 10 Abs. 3 Hess. Denkmalschutzgesetz vor Eintragung in das Denkmalsbuch dem Magistrat der Universitätsstadt Marburg vorgelegt. Derzeit erfolgt die Prüfung der Manuskripte und nachgeforderten Übersichtspläne durch die Untere Denkmalschutzbehörde des Magistrates der Stadt Marburg. Die Stellungnahme des Magistrates ist bis zum 31. März 2007 dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Wiesbaden, vorzulegen. Danach erfolgen unter Einbeziehung der Korrekturen und Ergänzungsvorschläge die Vorbereitungsarbeiten für die Drucklegung der Denkmaltopografie Bundesrepublik Deutschland, Kulturdenkmäler in Hessen, Stadt Marburg.

Auf den Zeitrahmen hat der Magistrat der Universitätsstadt Marburg keinen Einfluss.

zu 4.3 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 3 3/2007)**
Vorlage: VO/1214/2007

Was prädestiniert die „Dammühle“ dazu, dass gerade dort der alte Torbogen des Schlachthofes samt Ochsenkopf errichtet werden soll, obwohl dieser doch als Zitat des alten Schlachthofes an alter Stelle verbleiben sollte?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Wiedererrichtung des Torbogens mit Ochsenkopf im Bereich des ehem. Standortes hat sich aus städtebaulichen Gründen nicht verwirklichen lassen. Die Sandsteinquader des Torgewändes und der Ochsenkopf waren bis 2005 auf dem städtischen Bauhof Am Krekel eingelagert gewesen.

Auf Anfrage der Eigentümer der Dammühle im Jahre 2005 wurde diesen der Ochsenkopf für repräsentative Zwecke nach Beschluss durch den Denkmalbeirat der Universitätsstadt Marburg und Zustimmung durch den Magistrat der Universitätsstadt Marburg übereignet, weil bis dahin keine Lösung gefunden wurde, den Ochsenkopf samt Torgewände am „alten Standort“ wieder zu errichten. Die Gewändesteine des Torbogens lagern nach wie vor auf dem städtischen Bauhof.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.4 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 4 3/2007)**
Vorlage: VO/1215/2007

Wie wird über den Herbst 2007 hinaus die Zufahrt zur Steinkautenhütte der Marburger Naturfreunde gesichert?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Entsprechend dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Site-Master-Plan des Standortes Behringwerke ist eine adäquate Neuansbindung des

Naturfreundehauses geplant. Danach beabsichtigt Pharmaserv, unter Berücksichtigung aller genehmigungsrechtlichen Vorgaben, auf eigene Kosten in Höhe des Marbacher Friedhofes eine neue Zufahrt zu bauen.

Ein definitiver Zeitpunkt bzw. eine abgestimmte und damit genehmigungsfähige Planung seitens Pharmaserv liegt noch nicht vor. Insofern stellt sich zurzeit auch noch nicht die Frage, wie das Naturfreundehaus über den Herbst hinaus erschlossen wird.

Bis zur Herstellung dieser neuen Zufahrt bleibt es bei der derzeitigen Zufahrt über einen an den Michelbacher Weg angeschlossenen Waldweg.

Zu dieser Frage spricht auch der Oberbürgermeister.

Um 17:22 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.

**zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 5 3/2007)
Vorlage: VO/1252/2007**

Am 24.11.2006 wurde der einstimmige Beschluss gefasst, die Nichtraucher durch ein Rauchverbot in öffentlichen städtischen Einrichtungen zu schützen. Wie und wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung Ende November letzten Jahres hat der Oberbürgermeister die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage der im Stadtverordnetenbeschluss erwähnten Regelung beim Landkreis Marburg-Biedenkopf einen Regelungsentwurf für die Stadt Marburg zu erarbeiten. Dieser Entwurf wurde den Mitgliedern des Arbeitsschutzausschusses zur Stellungnahme zugeleitet. Aus diesem Gremium kamen sowohl positive wie auch negative Rückmeldungen. Insbesondere der Personalrat, der ebenfalls im Arbeitsschutzausschuss vertreten ist, meldete Bedenken an, da ihm die vorgeschlagenen Regelungsinhalte zu restriktiv seien.

Da es bei einer solchen grundlegenden, alle Beschäftigten betreffenden Angelegenheiten wichtig ist, eine Regelung im Konsens mit der Personalvertretung zu treffen, wurde davon abgesehen, eine einseitige Dienstanweisung des Oberbürgermeisters zu erlassen und der Personalrat um seine Mitarbeit im Sinne einer gemeinsam abzuschließenden Dienstvereinbarung gebeten. Auch wurde mit Unterstützung der Betriebsärztin die "Dienstvereinbarung Rauchfreie Universität" zwischen dem Präsidenten der Philipps-Universität und dem dortigen Personalrat als weitere Gesprächsgrundlage herangezogen. Sobald also eine entsprechende Dienstvereinbarung zwischen Dienststelle und Personalrat abgeschlossen ist, wird diese auch den städtischen Gremien zur Kenntnis gegeben.

Unabhängig von den geschilderten Bestrebungen zur Sicherstellung eines umfassenden Nichtraucherschutzes bei der Universitätsstadt Marburg sind auf Länder- und Bundesebene politische Aktivitäten mit dem Ziel gesetzlicher Regelungen im Gange. Hier zeichnet sich ab, dass die Bundesländer weitgehend

einheitliche Regelungen erlassen werden, die neben dem noch umstrittenen Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden beinhalten werden. Eine solche Regelung soll in Hessen noch vor der Sommerpause Gesetzeskraft erlangen. Inwieweit dann überhaupt noch Raum für eigenständige örtliche Lösungen besteht, bleibt insoweit abzuwarten.

**zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 6 3/2007)
Vorlage: VO/1253/2007**

Ist zukünftig auch während der Stadtverordnetenversammlung damit zu rechnen, dass Nichtraucherschutz im Vorraum zum Sitzungssaal und im Bereich des Kasinos (UG) gewährleistet ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Während der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung übt der Stadtverordnetenvorsteher das Hausrecht aus. Es liegt daher nicht im Verantwortungsbereich des Magistrates oder des Oberbürgermeisters, in den von der Stadtverordnetenversammlung genutzten Räumen ein Rauchverbot oder andere Restriktionen auszusprechen. Unabhängig von einer allgemeinen Regelung zum Nichtraucherschutz in öffentlichen städtischen Einrichtungen (s. insoweit auch die Antwort auf die vorgehende Frage) ist es also schon jetzt und auch in Zukunft originäre Angelegenheit des Stadtverordnetenvorstehers, des Ältestenrates oder des gesamten Plenums, über die Frage eines Rauchverbots im räumlichen Umfeld der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eigenständig zu entscheiden.

Dies wurde im Übrigen auch kürzlich im Deutschen Bundestag so gehandhabt, wo unabhängig von einem von der Bundesregierung erlassenen Rauchverbot für alle öffentlichen Einrichtungen des Bundes der Bundestag für sich selbst eine entsprechende Regelung verabschiedet hat.

**zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 7 3/2007)
Vorlage: VO/1216/2007**

Der Ortenbergsteg ist nach seinem Neubau von den Bürgerinnen und Bürgern wieder sehr gut angenommen worden. Sind die anfänglichen Mängel inzwischen alle zur Zufriedenheit der Bauverwaltung behoben worden und geschah dies im Rahmen der Gewährleistung der ausführenden Firmen?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Es freut uns auch, dass der Steg wieder gut angenommen wurde. Dies umso mehr, da der Ortenbergsteg jetzt auch problemlos von mobilitätseingeschränkten Bürgerinnen und Bürgern sowie von Radfahren ohne Einschränkung genutzt werden kann.

Ausführungsmängel hat es am Steg in der Endphase der Bauausführung und auch danach gegeben. Mit Ausnahme der geringen Mängel im Bodenbelag der

Brücke, die aufgrund zu geringer Temperaturen beim Einbau entstanden sind, wurden alle Mängel zur Zufriedenheit des Fachdienstes Tiefbau von der ausführenden Arge im Rahmen der Ausführung behoben bzw. nachgebessert. Die Gewährleistungsfrist (Frist zur Mängelbeseitigung) beträgt mit Ausnahme der Aufzugsanlage 5 Jahre.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Dr. Wulff (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.8 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 8 3/2007)**
Vorlage: VO/1217/2007

Im AquaMar kommt es gelegentlich vor, dass einzelne für den Schulsport reservierte Bahnen ungenutzt bleiben (Unterrichtsausfall, Klassenfahrten oder ähnliche Gründe).

Kann die Schul- und Bäderdezernentin dafür sorgen, dass es in solchen Fällen unbürokratisch möglich ist, diese Bahnen anderen gerade anwesenden Schulklassen zur Verfügung zu stellen, damit diese ausnahmsweise mehr Bahnen nutzen können?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Wenn eine für den Schulsport reservierte Schwimmbahn nicht genutzt wird, kann selbstverständlich die anwesende Schulklassen diese mit benutzen. Problematisch wird es immer nur dann, wenn dem Fachdienst Bäder nicht bekannt ist, dass der Schwimmunterricht ausfällt. Deshalb werden die Lehrer immer wieder darum gebeten, sich rechtzeitig abzumelden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

zu 4.9 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 9 3/2007)**
Vorlage: VO/1218/2007

Der milde Winter neigt sich -hoffentlich- seinem Ende zu. Wie viel hat der öffentliche Winterdienst der Stadt Marburg gekostet und wurden alle diesbezüglichen Aufträge an den DBM vergeben?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Aufgrund der milden Witterung während des Winters kam es insgesamt nur zu wenigen Winterdienstseinsätzen. Deshalb belaufen sich die Kosten des Winterdienstes für den Zeitraum November 2006 bis Februar 2007 insgesamt auf nur €194.000 gegenüber €669.000 für den Vergleichszeitraum November 2005 bis Februar 2006.

Die Aufträge für den öffentliche Winterdienst gingen alle an den DBM, der diese gemeinschaftlich mit den Kollegen der Hochbauabteilung ausführt.

zu 4.10 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 10 3/2006)**
Vorlage: VO/1220/2007

Wie viele Beschwerden sind bei der Stadt bzw. beim DBM bezüglich des Winterdienstes der zu Ende gehenden Saison eingegangen und - schätzungsweise- wie viel Prozent bezogen sich dabei auf Flächen, deren Winterdienst Privatleuten und nicht der Stadt obliegt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Aufgrund der milden Witterung während des Winters kam es insgesamt nur zu wenigen Rückfragen bzw. Beschwerden seitens der Bevölkerung.

Konkret kam es am 8. Februar zu zwei Beschwerden, dass der Straßenräumdienst noch bzw. noch nicht wieder da war. Dies resultierte daher, dass es durch den kurzen aber intensiven Schneefall an diesem Tag zu vereisten Straßen kam und die Straßen wegen der Glatteisbildung mehrfach abgestreut werden mussten. Die betroffenen Straßen wurden aber innerhalb kurzer Zeit nachgestreut.

zu 4.11 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 11 3/2007)**
Vorlage: VO/1221/2007

Der Sturm „Kyrill“ hat neben Sachschäden an Autos und Gebäuden auch Stadtgrün und Waldgebiete beeinträchtigt. Kann man näherungsweise abschätzen, wie lange es dauern wird, bis die Aufräumarbeiten und die Wiederaufforstung abgeschlossen sein werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Aufräumarbeiten werden noch mehrere Monate in Anspruch nehmen. Vorrang haben hierbei die Durchgängigkeit der Wege und deren Sicherheit. Die Aufarbeitung des Holzes abseits der Wege wird sich noch hinziehen.

Auf eine Wiederaufforstung kann die Stadt voraussichtlich verzichten, da nur eine größere Fläche im Bereich Rabenstein eventuell aufgeforstet werden müsste. Dies bedarf jedoch noch einer Beratung des zuständigen Revierförsters. Die Stadt Marburg setzt bei den übrigen Kalamitäten auf die nach der ersten Einschätzung voraussichtlich funktionierende Naturverjüngung.

Die Ersatzpflanzungen in den Grünanlagen werden zum Teil in diesem Frühjahr, andere in der kommenden Pflanzsaison vorgenommen. Dies richtet sich nach den Personalkapazitäten bei unserem Dienstleistungsbetrieb.

zu 4.12 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 12 3/2007)**
Vorlage: VO/1222/2007

Was tut der Umweltdezernent im Zusammenspiel mit Hessen-Forst und privaten Waldeigentümern, um bei der Wiederaufforstung nach den Sturmschäden zu gewährleisten, dass die Nachpflanzungen durch robuste Mischkulturen geschehen, die hoffentlich naturnäher und sturmsicherer sind?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für den Stadtwald ist sichergestellt, dass die eventuell erforderlichen Nachpflanzungen entsprechend der Vorgaben der FSC-Zertifizierung, die zur Zeit in das Forsteinrichtungswerk eingearbeitet werden, naturnah und ökologisch verträglich erfolgen.

Für den Staatswald sehen wir zur Zeit keine Einflussnahme der Kommune. Hier ist zu befürchten, dass es durch die wirtschaftlichen Vorgaben des Landes Hessen zu einer verstärkten Aufforstung mit der Douglasie kommen wird, verschärft wird diese Situation noch dadurch, dass es nach dem milden Winter zu einem verstärkten Käferbefall der Fichte kommen wird. Die nicht abschließende Aufarbeitung des Windwurfes wird diesen Befall noch begünstigen.

Die Waldbesitzerverbände haben sich bereits in entsprechenden Veranstaltungen für die Aufforstung mit Douglasie ausgesprochen und unterstützen hierbei die einzelnen Privatwaldbesitzer. Ein gewichtiges Argument für diese Klientel sind die klaren ökonomischen Vorteile der Douglasie: schnellwüchsig, gut vermarktbar.

Eine Einflussnahme auf die Entscheidung der Privatwaldbesitzer wird von Seiten der Stadt Marburg nicht gesehen.

zu 4.13 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 13 3/2007)**
Vorlage: VO/1223/2007

Kann der Magistrat Auskunft geben, wieviele und welche Gruppen sich als potenzielle NutzerInnen für den Turnergarten gemeldet haben, und welchen Stundenbedarf sie jeweils angegeben haben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Belegungsübersicht des VfL ist bekannt.
Gemeldet hat sich die VHS Marburg.
Angefragt haben zwei gastronomische Betriebe ohne konkrete Belegungsdaten.
Jörg Schlimmermann hat ein Angebot „Kinder-Jugendzirkus“ vorgelegt.
Hier wird es zu gegebener Zeit ein Gespräch geben.
Ziel ist ein Gesamtkonzept für die Nutzung des Turnergartens.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heck (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.14 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 14 3/2007)**
Vorlage: VO/1224/2007

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Stelle mit dem gerechten Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Interessentinnen beauftragt werden wird, bzw. was hierfür der aktuelle Stand der Planung ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Diese Aufgabe nimmt der Oberbürgermeister selbst wahr.

**zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Pötter (Nr. 15 3/2007)
Vorlage: VO/1225/2007**

Warum konnte bei den Bauarbeiten an der Elisabethschule der angestrebte Zeitplan (Ende der Sommerferien) nicht eingehalten werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die geplanten Umbau- und Renovierungsarbeiten im Zuge der Errichtung des Neubaus Block „D“ werden zu den Sommerferien 2007 abgeschlossen.

**zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Pötter (Nr. 16 3/2007)
Vorlage: VO/1226/2007**

Wie sieht der neue Zeitplan für die Renovierungsarbeiten an der Elisabethschule aus?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit dem Neubau Block „D“ an der Elisabethschule wurde zu Beginn der Sommerferien 2006 begonnen.

Lt. Bauzeitenplan ist die Fertigstellung zu den Sommerferien 2007 geplant; nach jetzigem Kenntnisstand wird der geplante Bauzeitenplan eingehalten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Pötter (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Angela Dorn (Nr. 17 3/2007)
Vorlage: VO/1254/2007**

Wann findet der diesjährige Aktionstag "In die Stadt ohne mein Auto!" statt?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Ja - Marburg wird auch 2007 wieder an dem Aktionstag teilnehmen! Der

diesjährige Umweltaktionstag wird in Marburg am 16.09.2007 stattfinden. Mittel für die Ausrichtung des Tages wurden mit der Haushaltsverabschiedung bereitgestellt.

Die Aktionswoche bzw. der Aktionstag werden vom Klimabündnis ausgerufen. Marburg ist Mitglied im Klimabündnis.

- Seit 2001 nimmt die Universitätsstadt Marburg an dem Europäischen Aktionstag „In die Stadt ohne mein Auto“ teil.
- Die Teilnahme an dem Aktionstag 2007 wurde im Januar vom Magistrat beschlossen - Einzelheiten zu dem derzeitigen Stand der Planungen finden sich auf den Internetseiten der Stadt Marburg unter:
<<http://www.marburg.de/detail/38176>>
- Das Organisationsbüro zum Aktionstag beim Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Naturschutz nimmt gerne Anregungen und weitere Teilnehmer/innen an.
- Einzelheiten zu den bisherigen Aktionen in Marburg und anderen Kommunen aus Deutschland finden sich u. a. auf den Seiten des deutschen Organisationsbüros:
<<http://www.klimabuendnis.de/kommunen/klima.htm>>;
aktuelle Informationen zu den Aktionen der Partnerstädte in Europa werden von dem internationalen Organisationsbüro dokumentiert und bereitgestellt:
<<http://www.mobilityweek-europe.org>>

zu 4.18 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Angela Dorn und Torsten Sawalies (Nr. 18 3/2007)**
Vorlage: VO/1227/2007

Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, die von Moos bewachsene Aschenbahn beim Sportplatz Wehrda in regelmäßigen Abständen zu pflegen, so dass die benachbarte Jugendfeuerwehr diese Fläche für ihre Wettkampfübungen nutzen kann?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aufgrund des milden Winters ist die Laufbahn am Schulsportplatz in Wehrda stark vermoost. Dieses Phänomen ist in diesem Frühjahr auf sämtlichen Tennensportanlagen zu beobachten.

Die Tennenlaufbahn in Wehrda wurde in der Vergangenheit einmal jährlich durch den DBM gepflegt, d. h. die Laufbahn wurde vom Unkraut und Moos befreit und mit einem entsprechenden Tennenpflegegerät bearbeitet.

Die letzte Pflegemaßnahme wurde am 20.06.2006 durchgeführt.

Die nächste Pflegemaßnahme ist für April 2007 geplant. Wieviele Maßnahmen jährlich durchgeführt werden können, hängt in erster Linie von den zur Verfügung stehenden Gesamtbudget und der Witterung ab.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Ludwig (MBL) und Vaupel (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Angela Dorn und Torsten Sawalies (Nr. 19 3/2007)
Vorlage: VO/1228/2007**

Konnte der Magistrat dem Bund europäischer Pfadfinder einen Ersatz für den Versammlungsraum bieten, nachdem der aktuelle Raum in der Emil-von-Behring-Schule aufgrund von starkem Schimmelpilzbefall nicht mehr für Gruppen nutzbar ist.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das „Gartenhaus“ unterhalb der Emil-von-Behring-Schule, bestehend aus einem „Tagungs- und einem Kellerraum“ wurde dem Bund europäischer Pfadfinder durch Vertrag vom 13. Dezember 1988 beginnend ab dem 1. 1. 1989 unentgeltlich überlassen. Spätestens seit dem Jahre 2002 bemühen sich verschiedene Fachdienste der Verwaltung, Ersatzräume für die Pfadfindergruppe zu finden, bislang allerdings ohne Erfolg.

Nachdem uns das Schreiben der europäischen Pfadfinder vom 16. Februar 2007 erreicht hat, wurde als Sofortmaßnahme veranlasst, dass die Mietsache gesperrt wird. Anschließend wurde in Abstimmung mit den Pfadfindern eine Begehung durch Mitarbeiter unseres Fachdienstes Hochbau durchgeführt, die zu folgendem Ergebnis geführt hat:

Die Tragfähigkeit der Gebäudezwischenplatte wurde geprüft, wobei festgestellt wurde, dass diese aus Stahlbetonfertigplatten besteht. Eine Einsturzgefahr dieser Platte ist nicht zu befürchten.

Bedingt durch Eindringung durch Oberflächenwasser vom unteren Schulhof der Emil-von-Behring-Schule ist die Unterkonstruktion des Fußbodens, bestehend aus Lagerhölzern und aufliegenden Spanplatten, stark durchfeuchtet und muss erneuert werden, um Unfallgefahren zu vermeiden.

Weiterhin ist festzustellen, dass das Gebäude nur zeitweise mit zwei Ölradiatoren beheizt und nicht be- bzw. entlüftet wird. Dadurch entwickelt sich ein feuchtes Raumklima.

Seitens unseres Fachdienstes Hochbau wird der Mieter in Kürze kontaktiert.

Ihm wird das Baumaterial zur Verfügung gestellt um die Spanplatten etc. in Eigenleistung auszutauschen.

Darüber hinaus werden für den Haushalt des Jahres 2008 Mittel angemeldet, um das Eindringen des Oberflächenwassers künftig zu verhindern. Die Mietsache wird auch mit einem Stromzähler ausgestattet, der auf den Namen des Mieters anzumelden sein wird.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Sawalies (FDP) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.20 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 20 3/2007)
Vorlage: VO/1255/2007**

Wie gedenkt der Magistrat die in Punkt 2. und 3. auf der letzten STVV

beschlossene Richtlinien des Antrages zu Mindestlöhnen unter der Berücksichtigung dessen, was ein auskömmliches Einkommen ist, umzusetzen? D.h. welches auskömmliche Einkommen legt er dabei zu Grunde?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wie im Rahmen der ausführlichen Beratungen und Erörterungen im Vorfeld des o. g. beschlossenen Antrages zu Mindestlöhnen seitens des Magistrates bereits dargelegt wurde, werden in der Stadtverwaltung Marburg sowie in den städtischen Betrieben und Gesellschaften ausnahmslos Tariflöhne gezahlt, die meist deutlich über dem seinerzeit im Raum stehenden Stundenlohn von mind. 7,50 Euro liegen. Der Magistrat maßt sich allerdings nicht an, beurteilen zu können, welcher Stundenlohn auskömmlich ist und welcher nicht. Aufgrund der Tarifbindung, der die Stadt und ihre Beteiligungen als Arbeitgeber unterliegen und insoweit mindestens Tariflöhne zahlen, geht der Magistrat jedoch davon aus, dass die jeweiligen Tarifvertragspartner auch in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen auskömmliche Tarife vereinbart haben.

Im Übrigen hat der Magistrat auch die städtischen Gesellschaften über den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung betr. Mindestlöhne informiert und um dessen Beachtung in eigener Zuständigkeit gebeten.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister und durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.21 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 21 3/2007)
Vorlage: VO/1229/2007**

Wann präsentiert der Magistrat den Sachstandsbericht über Erfahrungen anderer Städte mit Bürgerhaushalten und bis zu welchem Zeitpunkt legt der Magistrat sein Konzept zur Aufstellung eines Bürgerhaushaltes in Marburg vor?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zum Stichwort „Bürgerhaushalt“ liefert Google 149.000 Einträge. Darunter befindet sich an erster Stelle das Modellprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen, in dem 6 Städte über 3 ½ Jahre hinweg ein Beteiligungsverfahren entwickelt haben. Darunter befinden sich ferner umfangreiche Untersuchungen und Dokumentationen, beispielsweise der Hans-Böckler-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung oder der Universität Potsdam.

Darunter befinden sich natürlich auch die Projekte vieler Kommunen.

Ein uneingeschränkt positives Bild ergibt sich daraus allerdings nicht.

Dazu einige Beispiele:

Aus Hamburg wird berichtet, dass „über 2.000 Bürger ihren eigenen Haushalt“ aufstellten. Das ist bei 2.000.000 Einwohnern jeder Tausendste. Damit liegt die

Beteiligungsquote noch unter dem Berliner Bezirk Lichtenberg mit 250.000 Einwohnern, von denen immerhin rd. 400 Vorschläge gemacht wurden.

In Bergisch-Gladbach mit 110.000 Einwohnern wurde für den Bürgerhaushalt 2007 eine Broschüre an alle Haushalte verteilt und im Internet bereitgestellt. Die Rückmeldung bestand aus 768 Fragebögen, 30 Einzelschreiben und 44 Teilnehmern einer Abendveranstaltung. Die Stadt wertet das als „reges Interesse“.

Aus Kaarst (42.000 EW) berichtet die dortige Presse, dass „weniger als 20 Menschen“ die angebotene Veranstaltung besucht hätten.

Die Stadt Potsdam (knapp 150.000 EW) hat ein umfangreiches Beteiligungsmodell entwickelt, dessen Kosten sie mit 100.000 € beziffert. Gleichzeitig ist zu lesen, dass 2006 genau 96 Vorschläge von Potsdamern während der Haushaltsdiskussion eingegangen seien.

Die Stadt Bonn (314.000 EW) hat vergleichsweise bescheidene 10.000 € für 10.000 Broschüren mit Fragebogen und vielfältige Werbung ausgegeben. Der Rücklauf bei den 10.000 Fragebögen betrug 10 Stück; die angebotenen 4 Veranstaltungen wurden von insgesamt 131 Bonnerinnen und Bonnern besucht. Die Stadt sieht darin eine „rege“ Nutzung der angebotenen Möglichkeiten.

Ein Erfahrungsaustausch im Hessischen Städtetag 2006 hat zu der Einschätzung geführt, dass sich die Idee von Bürgerhaushalten zumindest in Hessen nicht durchgesetzt hat. So ist aus Langen bekannt, dass hier ein Bürgerhaushalt praktiziert wurde. Die entsprechenden Initiativen wurden aber wieder eingestellt.

Jüngst hat die Stadt Kassel (193.000 EW) den Haushalt 2007 mit Bürgerbeteiligung aufgestellt. Jeder Bürger konnte mit einem „Vorschlagsscheck“ seine Wünsche äußern. Außerdem wurden 1.000 Personen zu 4 Veranstaltungen eingeladen. Über Fragebögen wurde u. a. das Interesse an der Bürgerbeteiligung abgefragt. Das Interesse lag bei 85 %. Allerdings waren nur 68 Fragebögen zurückgelaufen. Die Veranstaltungen wurden je von ca. 50 Personen besucht, wovon mitunter allerdings $\frac{3}{4}$ Vertreter aus Politik und Verwaltung und nur $\frac{1}{4}$ Vertreter aus Bürgerschaft und interessierten Gruppen waren. Alles in allem gingen 83 Vorschläge ein. Keiner davon hat sich auf die Haushaltsbeschlüsse ausgewirkt. Die Stadt selbst wertet das Verfahren als „positive Resonanz“ und als „Erfolg“ und will es mit 50.000 € im Haushalt 2007 und einer Strukturkommission fortführen.

In Marburg ist die Bürgerschaft, ohne dass das ausdrücklich als „Bürgerhaushalt“ bezeichnet wird, in vielfältiger Weise in den Willensbildungsprozess eingezogen.

Interessierte Personen oder Gruppen können über den Magistrat, die Ortsbeiräte - kaum jemand ist so dicht an der Bürgerschaft wie die Ortsbeiräte -, die Fraktionen, den Jugendhilfeausschuss, das Kinder- und Jugendparlament, den Seniorenbeirat, den Behindertenbeirat, den Ausländerbeirat, den Gestaltungsbeirat, den Naturschutzbeirat, den Denkmalbeirat, den VHS-Beirat, den Wehrführerausschuss, die Elternbeiräte, die Kommissionen, die Stadtteilgemeinden, die Initiativgruppen u. a. m. ihre Anregungen, Wünsche und Ideen einbringen.

Die Zielrichtung des Bürgerhaushalts bewertet der Magistrat positiv, nämlich die noch stärkere Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen in ihrer

Kommune. Eine positive Auswirkung kann auch sein: Die Haushaltsberatung wird belebt, etwa durch unbürokratische Vorschläge. Hinzu kommt, daß langfristig gesehen das Verständnis und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für eine der wichtigsten Weichenstellung ihrer Stadt verbessert werden kann.

Gerade der Punkt des Verständnisses für den Haushalt und des Verstehens des Haushalts hat den Magistrat jedoch bewogen, die bisher erfolgreich praktizierte Bürgerbeteiligung derzeit nicht um zusätzliche formale Ebenen und Plattformen zu erweitern. Die Kommunen in Hessen werden ab 2009 so oder so nach einem neuen Haushaltsrecht zu wirtschaften haben. Der Magistrat hält es nicht für angebracht, jetzt noch auf der Basis des alten Rechtssystems neue Modelle zu erproben.

Die Stadtverordnetenversammlung ist aber selbstverständlich frei darin, in den derzeit vorgesehenen Zeitplan für den Haushalt 2008 weitere Elemente von Bürgerbeteiligung als Entscheidungshilfe für die Fraktionen einzufügen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 17:53 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 4.22 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 22 3/2007)**
Vorlage: VO/1256/2007

Welche Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung wurden seit Januar 2006 nicht ausgeführt, obwohl der Magistrat einen klaren Auftrag der StVV erhielt?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Frage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Zunächst legt der Magistrat Wert auf die Feststellung, dass er die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ausführt.

Sollte dies ausnahmsweise mal nicht so zeitnah erfolgt sein, wie der Fragesteller dies erwartet hat, so liegen hierfür sachliche Gründe vor.

Eine Aufstellung über nicht ausgeführte Aufträge der Stadtverordnetenversammlung kann der Magistrat nicht vorlegen. Die Stadtverordneten werden demnächst jedoch selbst in der Lage sein, die Ausführung der Beschlüsse zu verfolgen. In einer weiteren Ausbaustufe des Sitzungsdienstprogramms ALLRIS wird die Beschlussverfolgung ermöglicht.

Die Verwaltung arbeitet zurzeit an einer flächendeckenden Verbreitung von ALLRIS innerhalb der Verwaltung, die **Grundvoraussetzung für eine lückenlose Beschlussverfolgung** ist. Diese Verbreitung wird in den nächsten 2 - 3 Monaten vollständig abgeschlossen sein. Sobald diese Voraussetzungen gegeben sind, steht einer Einarbeitung der Beschlussverfolgung in ALLRIS nichts mehr im Wege.

zu 4.23 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 23 3/2007)**
Vorlage: VO/1257/2007

Das Bundesumweltministerium stellt 6000 Exemplare des Films "Al Gore - Eine unbequeme Wahrheit" zur Verfügung. Haben Marburger Schulen das entsprechende kostenlose Medienpaket angefordert?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Fachdienst Schule hat die weiterführende Schulen der Stadt Marburg nochmals auf das Medienpaket aufmerksam gemacht. Ein großer Teil der Schulen hat den Film bestellt.

zu 4.24 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Nr. 24 3/2007)**
Vorlage: VO/1230/2007

Die Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia, die wegen rechtsextremer Aktivitäten und Mitglieder vom Verfassungsschutz überwacht wird, wird laut Bericht der Frankfurter Rundschau vom 9. März 2007 von einem als gemeinnützig anerkannten Förderverein (Georg-Bankwitz-Verein, Frankfurt) unterstützt. Laut Frankfurter Rundschau prüft nun das Finanzamt, ob diese Verbindung des gemeinnützigen Vereins und der Burschenschaft rechtlich zulässig ist. Finanzminister Karl-Heinz Weimar führte dazu aus: „Die Landesregierung billigt solche Finanzierungsmodelle nicht.“ Ein gemeinnütziger Verein, so Weimar, dürfe keine Mittel an Burschenschaften weiterleiten, die nicht gemeinnützig sind.

Ist dem Magistrat bekannt und kann er gegebenenfalls durch eine Anfrage bei der hessischen Finanzverwaltung klären lassen, ob auch Marburger Burschenschaften oder andere studentische Verbindungen von vermeintlich gemeinnützigen Fördervereinen unterstützt werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Magistrat ist nicht bekannt, ob Marburger Burschenschaften oder andere studentische Verbindungen von vermeintlich gemeinnützigen Fördervereinen unterstützt werden.

Auf unsere Anfrage beim hessischen Finanzministerium erhielten wir folgende Antwort:

Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass ich mich wegen der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses nach § 30 der Abgabenordnung nicht zu den steuerlichen Verhältnissen einzelner Burschenschaften oder anderer studentischer Verbindungen äußern darf.

**zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 25 3/2007)
Vorlage: VO/1231/2007**

Trifft es zu, dass der Magistrat das bisherige Logo bzw. die bisherigen Logos der Stadt durch ein neues Logo ersetzen will und warum?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In den zurückliegenden Jahren war festzustellen, dass sich die Universitätsstadt Marburg nach außen und innen in einem zum Teil uneinheitlichen Erscheinungsbild präsentiert.

Neben dem offiziellen Stadtwappen (siehe Abbildung rechts) auf den allgemeinen Kopfbögen wurde auf verschiedenen Vordrucken, Schriftstücken, Umschlägen, Broschüren, etc. auch eine neuere modernere Form des Marburg-Reiters verwendet.



Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren vermehrt auch der blaue Marburg-Schriftzug, wie hier zu sehen, auf Schriftstücken, Broschüren, etc. genutzt.



Um die Stadt zukünftig in einem einheitlichen Erscheinungsbild erscheinen zu lassen, hat der Oberbürgermeister entschieden, dass für alle neu zu erstellenden Broschüren, Drucksachen, Hinweisschilder, Visitenkarten, etc., die von der Verwaltung heraus gegeben werden, und bei denen als graphisches Gestaltungsmerkmal ein **städtisches Logo** eingefügt oder angebracht werden soll, die modernere Form des Marburg-Reiters, wie hier abgebildet, zu verwenden ist.

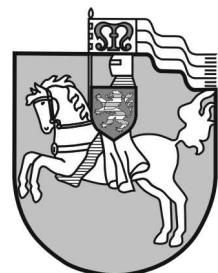
Dabei handelt es sich nicht um ein neues Logo, sondern um die Vorgabe, dass die Stadt nach außen und innen in einem einheitlichen Erscheinungsbild auftritt (Corporate Design). Eine Arbeitsgruppe hat konkrete Vorschläge für die Umsetzung erarbeitet, die auch eine Reduktion der Kosten bringen soll.

Zum einheitlichen Erscheinungsbild gehört auch:

Es heißt "Universitätsstadt Marburg", und

"studier mal Marburg" bleibt als Logo erhalten.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis



90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Anmerkungen: Der Oberbürgermeister sagt zu, dass der Text des entsprechenden Mitteilungsblattes des Magistrats auch den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben wird. Das Mitteilungsblatt soll der Niederschrift als Anlage beigefügt werden.

zu 4.26 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhard Weber-Hofmann (Nr. 26 3/2007)**
Vorlage: VO/1260/2007

"Bestehen von Seiten des Magistrats Überlegungen, ein autofreies Wochenende nach Vorbild Norditaliens als Zeichen gegen den Klimawandel und für die Entlastung der Bürger durchzuführen?"

Es antworten der Oberbürgermeister und der Bürgermeister:

Das Fahrverbot in Norditalien wurde als symbolischer Akt durchgeführt, um auf das Problem der Luftbelastung in dieser Region aufmerksam zu machen. Hintergrund für die Luftbelastung in Norditalien sind vorwiegend völlig veraltete und nicht regelbare Heizanlagen in Wohngebäuden und Bürokomplexen sowie der private motorisierte Verkehr. In diesem Jahr wurde die von der Europäischen Union festgelegte Obergrenze von 35 Smogtagen pro Jahr bereits innerhalb der ersten 50 Tage überschritten.

Die Luftsituation in Marburg ist mit der in Norditalien nicht zu vergleichen: Im Jahre 2006 wurden in der Mess-Station in der Universitätsstraße insgesamt 18 Überschreitungen registriert, 2007 gab es bisher lediglich an einem Tag eine Überschreitung.

Ein autofreies Wochenende hat symbolischen Wert und erhöht sicherlich auch die Attraktivität der Innenstädte an diesen Tagen - aufgrund der umfangreichen Sperrmaßnahmen und Eingriffe in die individuellen Pläne ließen sich dieses Vorhaben aber nur im Rahmen einer weiträumigen Aktion (z. B. Region Mittelhessen) realisieren.

zu 4.27 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Heinrich Dingeldein (Nr. 27 3/2007)**
Vorlage: VO/1232/2007

Wie viele Marburger Kinder und Jugendliche haben an den von Stadt Marburg und Landkreis Marburg-Biedenkopf angebotenen Sommer-Freizeitangeboten in den drei vergangenen Jahren teilgenommen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In den Jahren 2004 bis 2006 wurden folgende Teilnehmer/-innen(TN)-Zahlen bei den Sommerferien-Angeboten der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf verzeichnet:

Stadt Marburg

	Freizeiten	Betreuungen	Ferienpass	5 Wochen Spielmobil	Summe
2006	156	702	387	128	1373
2005	166	751	441	113	1471
2004	165	773	561	123	1622
Summe	487	2226	1389	364	

- Freizeiten: hier sind die TN-Zahlen in allen 3 Jahren ziemlich gleich geblieben
- Betreuungen: bei den Ferienbetreuungen 2005 und 2006 wurden aus Personal- und Kostengründen die Gruppengrößen in Cappel, Wehrda und im Stadtwald reduziert
- Ferienpass: die verkauften Ferienpässe korrelieren eng mit den klimatischen Bedingungen in den jeweiligen Sommerferien; bei hohen Temperaturen werden viel mehr Ferienpässe verkauft, weil eine erhebliche Anzahl der Kinder nicht die angebotenen Aktionen nutzen will sondern den verbilligten Eintritt ins Freibad.
- Spielmobil: die Spielmobile bieten Ferienaktionen in 5 Marburger Stadtteilen an, zu denen die Kinder ohne Anmeldung kommen können. Bei den Gesamtzahlen gibt es auch relativ geringe Schwankungen.

Landkreis Marburg-Biedenkopf

	Freizeiten
2006	522
2005	554
2004	554
Summe	1630

- Freizeiten: Im Sommer 2006 wurde eine Freizeit weniger organisiert
- Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Vorlage: VO/1233/2007

Ist es möglich, an den Treppenabgängen des neuen Ortenbergstegs zu den Gleisen Schilder mit den Gleisnummern anzubringen, damit ortsfremde Busnutzer der Linie 8, die von der Haltestelle Hauptbahnhof-Ost/Ortenbergsteg kommen, erkennen können, zu welchen Gleisen die jeweilige Treppe führt? - Die Gleisnummern auf den Bahnsteigen sind vom Steg aus nicht einzusehen.

Es antwortet der Bürgermeister:

Selbstverständlich ist es möglich eine Hinweisbeschilderung an den Treppenzugängen zu den Bahnsteigen anzubringen, um Bahnkunden auf die richtigen Gleise zu führen. Da es sich um Hinweise für Bahnkunden handelt, wäre es auch Sache der Bahn eine ihre Wege zu den Gleisen entsprechend auszuschildern. Deshalb war bereits im Dezember 2005 bei der DB Station & Service schriftlich angeregt worden, eine entsprechende Beschilderung nach Bahn-Standards zu installieren. Leider hat die Bahn auf diese Anregung nicht reagiert. Aktuelle Nachfragen ergaben, dass die Bahn sich vorstellen könne, sich an einer entsprechenden Beschilderung finanziell zu beteiligen. Eine endgültige Antwort der Bahn steht noch aus. Die Angelegenheit wird von FD 66 weiter verfolgt. Die Kosten für eine Hinweisbeschilderung an drei bis vier Standorten werden auf 3.500 € geschätzt.

zu 4.29 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 29 3/2007)**
Vorlage: VO/1234/2007

Die hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann hat die Anrechnung von Geldgeschenken zur Konfirmation auf den Hartz-IV-Satz der Eltern kritisiert. Wie ist die Praxis im Kreis Marburg-Biedenkopf bei Kommunionkindern und Konfirmanden, deren Familien Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II beziehen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Zum Einkommen im Sinne des SGB II und des SGB XII zählen grundsätzlich alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert mit Ausnahme der Leistungen nach diesen Gesetzbüchern sowie einigen anderen gesetzlichen Zahlungen (z.B. nach dem Bundesversorgungsgesetz oder Renten bzw. Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz). Somit stellen Geldgeschenke prinzipiell Einkommen (bzw. Vermögen) dar.

Allerdings gibt es in beiden Gesetzbüchern eine kleine Öffnungsklausel dahingehend, dass Zuwendungen, die entweder zweckbestimmt sind oder einem anderen Zweck als der Sicherung des Lebensunterhaltes dienen und eine gewisse Höhe nicht übersteigen, nicht als Einkommen berücksichtigt werden. Von dieser Öffnungsklausel wurde bisher sowohl im SGB II als auch im SGB XII bei Kommunionen und Konfirmationen im Landkreis Marburg-Biedenkopf und in der Stadt Marburg Gebrauch gemacht. Einen Rechtsanspruch auf Außerachtlassung haben die LeistungsbezieherInnen allerdings nicht.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) und Gottschaldt

(Marburger Linke) werden ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

**zu 4.30 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 30 3/2007)
Vorlage: VO/1239/2007**

Bei der Veranstaltung zur Verleihung der Ehrenbürgerrechte der Universitätsstadt Marburg an Herrn Dr. Reinfried Pohl im Rathaus war auch eingeladen ein Mitarbeiter der Pressestelle der Philipps-Universität. Diesem ist wegen der Teilnahme an dieser Veranstaltung - obwohl er eingeladen war - fristlos gekündigt worden durch die Philipps-Universität. Wie beurteilt der Magistrat der Universitätsstadt Marburg diesen Vorgang?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Mitarbeiter der Pressestelle der Philipps-Universität stand auf der Gästeliste von Herrn Dr. Reinfried Pohl. Er war ein Gast bei dieser Veranstaltung wie jeder andere. Mehr hat der Magistrat dazu nicht zu sagen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 31 - 42 werden schriftlich beantwortet, die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

**zu 5 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: VO/1163/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen Oberbürgermeister Vaupel und die Stadtverordneten Pfalz (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Stompfe (CDU), Metz (Marburger Linke), Severin (SPD) und Dr. Wulff (CDU). Für den Magistrat spricht noch mal Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und MBL, bei Enthaltung der FDP und der Marburger Linken, folgenden Beschluss:

- 1. Der im Unterabschnitt 7000 "Stadtentwässerung" entstandene Überschuss in Höhe von 742.807,88 € wird der Gebührenaussgleichsrücklage "Stadtentwässerung" zugeführt (Anlage 1).**
- 2. Der im Unterabschnitt 7200 "Müllabfuhr" entstandene Überschuss in Höhe von 14.457,43 € wird der Gebührenaussgleichsrücklage "Müllabfuhr" zugeführt (Anlage 2).**

3. Im Verwaltungshaushalt werden im Rahmen der Budgetierung für die Schulbudgets und die Stadtbücherei Haushaltsausgabereste in Höhe von 24.799,12 € gebildet (Anlage 4).
4. Die im Budgetbericht ausgewiesenen Budgetüberschreitungen werden innerhalb der Dezernatsbudgets bzw. innerhalb des Gesamtbudgets aller Dezernate ausgeglichen (Anlage 3).
5. Im Vermögenshaushalt werden Haushaltsausgabereste von insgesamt 1.166.337,41 € gebildet (Anlage 5).
6. Haushaltseinnahmereste werden nicht gebildet.
7. Der Sonderrücklage „Versorgungsrücklage Beamte“ werden zusätzlich 2.000.000 € zugeführt, die vorerst im Kassenbestand verwahrt werden.
8. Der Allgemeinen Rücklage wird der verbleibende Überschuss des Vermögenshaushalts in Höhe von 5.661.299,53 € für die vom Regierungspräsidenten in Gießen geforderte Mindestrücklage von 12 Mio. € zugeführt.
9. Dem Stiftungskapital der Adolf- und Luisa-Haeuser-Stiftung werden 10 % des Zinsertrages 2006 in Höhe von 5.617,80 € zugeführt.
10. Unter Berücksichtigung der Beschlüsse Nr. 1 bis 4, 7 und 9 schließt der Verwaltungshaushalt mit einem Volumen von 164.827.520,18 € ausgeglichen ab.
11. Unter Berücksichtigung der Beschlüsse Nr. 1 bis 10 schließt der Vermögenshaushalt mit einem Volumen von 30.061.856,60 € ausgeglichen ab.

zu 6

**Bauleitplanung der Stadt Marburg
- Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses vom 22. Dezember 2006 für den Bebauungsplan 18/3, 3. Änderung, Rentmeisterstraße, mit dem Ziel einer Verfahrensbeschleunigung
Vorlage: VO/1179/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes 18/8, 3. Änderung, Rentmeisterstraße, wird gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 11 BauGB beschlossen, der B-Plan soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufgestellt werden.

zu 7 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 8 Anträge der Fraktionen

**zu 8.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neubau eines Kindergartens in Bauerbach
Vorlage: VO/1073/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Die CDU-Fraktion hat im Sozialausschuss den Punkt 2 des Antragstextes gestrichen. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet. Der Antrag wurde auch im Bau- und Planungsausschuss beraten. Auch dort wurde die Ziffer 2 des Beschlusstextes zurückgezogen. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Ferner hat der Bau- und Planungsausschuss den Antrag an den Jugendhilfeausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat über den Antrag ohne die Ziffer Nr. 2 abgestimmt. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage abzulehnen. Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Im Rahmen der Aussprachen sprechen die Stadtverordneten Lohse (CDU), Severin (SPD), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Stompfe (CDU), Becker (SPD), Bürgermeister Dr. Kahle und Ludwig (MBL).

Während der Debatte hat von 19:40 Uhr bis 20:20 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ludwig (MBL) die Sitzung geleitet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL und FPD bei Nein-Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Anmerkung:

Der Jugendhilfeausschuss hat die Vorlage am 8. März beraten. Die CDU-Fraktion stellte die Vorlage im Jugendhilfeausschuss jedoch zurück.

zu 8.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung einer Jugendkulturcard

Vorlage: VO/1074/2007

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und zurückgestellt. Zunächst soll das Votum des Marburger Kulturforums eingeholt werden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

**zu 8.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung einer Arbeitsgruppe
'Bürokratieabbau'
Vorlage: VO/1075/2007**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und von den Antragstellern zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 8.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. die Initiative Jugendrechtshaus
Vorlage: VO/1076/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Sozialausschuss hat die Beschlussformulierung um folgenden Satz ergänzt:

Dabei wird die Kooperation mit öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe ausdrücklich begrüßt.

In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat die Antragsformulierung ebenso wie der Sozialausschuss ergänzt. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung. Aussprache wurde in beiden Ausschüssen angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Sauer (CDU) und Weber-Hofmann (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, die Initiative „Jugendrechtshaus“ zu unterstützen und geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Diese Räume sollten an einem Ort sein, der für Jugendliche auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen ist. Dabei wird die Kooperation mit öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe ausdrücklich begrüßt.

**zu 8.5 Antrag der MBL-Fraktion betr. Zusammenfassung musealer Einrichtungen der Philipps-Universität Marburg zu einem Kulturzentrum Nordstadt
Vorlage: VO/1107/2007**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss zurückgestellt worden, er soll zunächst im Marburger Kulturforum beraten werden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 8.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Leichte Sprache
Vorlage: VO/1122/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Auf Vorschlag ändert die antragstellende Fraktion den ersten Absatz des Ausgangsantrags nach den Worten *"Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen"* wie folgt:

Die Stadt Marburg soll mehr Informationen und Formulare für Anträge in "Leichter Sprache" machen. Das ist wichtig, damit Menschen mit Lernschwierigkeiten weniger Probleme haben. Möglichst alle Menschen sollen verstehen, welche Angebote und Rechte es in der Stadt gibt. Sie sollen auch verstehen, was sie tun müssen. Der Behindertenbeirat soll gefragt werden, was zuerst gemacht wird.

Als weiterer Änderungsvorschlag wird eingebracht, den zweiten Absatz wie folgt zu formulieren:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollen leichte Sprache lernen.

Die Formulierung des dritten, letzten Absatzes des Ausgangsantrags bleibt unverändert.

Die Abstimmung im Sozialausschuss über den geänderten Antragstext hat folgendes ergeben:

Zum Absatz 1 empfiehlt der Sozialausschuss die Zustimmung, zum geänderten Absatz 2 empfiehlt der Sozialausschuss ebenfalls die Zustimmung. Der Absatz 3 der Beschlussformulierung wurde vom Sozialausschuss abgelehnt.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Dinnebir (SPD).

Auch der Schul- und Kulturausschuss hat die Änderungen aus dem Sozialausschuss zur Kenntnis genommen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu den Absätzen 1 und 2 der Vorlage. Auch im Schul- und Kulturausschuss wurde der Absatz 3 zur Ablehnung empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit ebenfalls über die drei Absätze der

Vorlage getrennt abstimmen.

Zu Absatz 1:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg soll mehr Informationen und Formulare für Anträge in "Leichter Sprache" machen. Das ist wichtig, damit Menschen mit Lernschwierigkeiten weniger Probleme haben. Möglichst alle Menschen sollen verstehen, welche Angebote und Rechte es in der Stadt gibt. Sie sollen auch verstehen, was sie tun müssen. Der Behindertenbeirat soll gefragt werden, was zuerst gemacht wird.

Zu Absatz 2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und MBL-Fraktionen gegen einzelne Stimmen aus der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollen leichte Sprache lernen.

Zu 3.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordnetenverordneten folgenden Beschluss:

Die Ziffer 3 des Antrages wird abgelehnt.

**zu 8.7 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Vergaberichtlinien
Vorlage: VO/1125/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, sich umgehend für die Veränderungen der Vergaberichtlinien für

- **Liefer- und Dienstleistungen sowie**
- **Bauleistungen**

beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung einzusetzen.

**zu 8.8 Antrag der FDP-Fraktion betr. Rosenmontagsumzug
Vorlage: VO/1128/2007**

Die Vorlage wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt **8.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Rosenmontagsumzug.**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Beschlusstenor des Antrages wurde verändert. Der zweite Absatz der Beschlussformulierung wurde im Schul- und Kulturausschuss gestrichen. In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Zum Tagesordnungspunkt 8.23 berichtet ebenfalls für den Schul- und Kulturausschuss die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls mehrheitlich, die Vorlage abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Metz (Marburger Linke), Wölk (SPD), Schäfer (Marburger Linke), Gottschaldt (Marburger Linke), Gottschlich (CDU), Sawalies (FDP), Metz (Marburger Linke), Stadträtin Dr. Weinbach und erneut die Stadtverordnete Schwebel (FDP). Die Stadtverordneten Schwebel zieht für die FDP-Fraktion den Tagesordnungspunkt 8.8 zurück und tritt dem Antrag der Marburger Linken zum gleichen Thema (Tagesordnungspunkt 8.23) bei.

Weiter zur Sache sprechen der Oberbürgermeister und die Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke).

Nach Abschluss der Beratung lässt der Stadtverordnetenvorsteher somit nur noch über den Tagesordnungspunkt 8.23 Antrag der Marburger Linken und der FDP-Fraktion betr. Rosenmontagszug 2007 abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, FDP, MBL und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 8.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Fahrzeuge
Vorlage: VO/1129/2007**

Zusammen mit dieser Vorlage wird aufgerufen der **Tagesordnungspunkt 8.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Fahrzeuge.**

Beide Vorlagen sind im Umweltausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Die Anträge sind im Umweltausschuss zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zusammengefasst worden, der nunmehr wie folgt lautet:

1. Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt zu berichten, wie viel Fahrzeuge der Stadt Marburg, einschließlich der Tochtergesellschaften, auf alternative Energiequellen (Erdgas, Rapsöl etc.) bereits umgerüstet worden sind und welchen prozentualen Anteil dies entspricht.

2. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das aufzeigt, bis wann der restliche Fuhrpark, unter Berücksichtigung der neuen EU-Richtlinien, schnellstmöglich umgerüstet werden kann und welche Kosten damit verbunden sind.

Der Magistrat wird beauftragt insbesondere:

3. zu berichten, welche Fahrzeugtypen als Dienstwagen genutzt werden und welchen CO₂- Ausstoß diese haben;
4. umgehend den Umfang der Nutzung von car-sharing Angeboten zu erweitern und zu berichten, welche Fahrzeugtypen mit welchem CO₂ - Gehalt zum Einsatz kommen - die dabei entstehenden Kosten sind transparent zu machen;
5. bei der unabdingbaren Neuanschaffung von dienstlichen Kraftfahrzeugen (PKW, Bus, LKW) vorab der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis zu geben, welches Fahrzeug erworben werden soll und mit welcher CO₂-Klassifizierung. Hierbei ist Fahrzeugen mit Hybridantrieb oder alternativen Kraftstoffen wie Rapsöl, Bioethanol, Erdgas der Vorzug zu geben;
6. zu prüfen und binnen 2 Monaten zu berichten, inwieweit vorhandene Dienstfahrzeuge gegen schadstoffärmere Fahrzeuge ausgetauscht oder umgerüstet werden können;
7. auf die städtischen Tochterunternehmen einzuwirken, die Punkte 3 - 6 entsprechend in ihren Unternehmen umzusetzen und der Stadt vierteljährlich hierüber zu berichten;
8. auf von der Stadt maßgeblich geförderte freie Träger, Vereine, Institutionen und Einrichtungen einzuwirken, ebenfalls schadstoffarme Fahrzeuge einzusetzen.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dem so geänderten Antrag.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat in gleicher Weise votiert wie der Umweltausschuss.

Allen Stadtverordneten liegt der geänderte Antragstext als Tischvorlage vor. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über die geänderte Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt zu berichten, wie viel Fahrzeuge der Stadt Marburg, einschließlich der Tochtergesellschaften, auf alternative Energiequellen (Erdgas, Rapsöl etc.) bereits umgerüstet worden sind und welchen prozentualen Anteil dies entspricht.**
- 2. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das aufzeigt, bis wann der restliche Fuhrpark, unter Berücksichtigung der neuen EU-Richtlinien, schnellstmöglich umgerüstet werden kann und welche Kosten damit verbunden sind.**

Der Magistrat wird beauftragt insbesondere:

- 3. zu berichten, welche Fahrzeugtypen als Dienstwagen genutzt werden und welchen CO₂- Ausstoß diese haben;**

4. umgehend den Umfang der Nutzung von car-sharing Angeboten zu erweitern und zu berichten, welche Fahrzeugtypen mit welchem CO₂ - Gehalt zum Einsatz kommen - die dabei entstehenden Kosten sind transparent zu machen;
5. bei der unabdingbaren Neuanschaffung von dienstlichen Kraftfahrzeugen (PKW, Bus, LKW) vorab der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis zu geben, welches Fahrzeug erworben werden soll und mit welcher CO₂-Klassifizierung. Hierbei ist Fahrzeugen mit Hybridantrieb oder alternativen Kraftstoffen wie Rapsöl, Bioethanol, Erdgas der Vorzug zu geben;
6. zu prüfen und binnen 2 Monaten zu berichten, inwieweit vorhandene Dienstfahrzeuge gegen schadstoffärmere Fahrzeuge ausgetauscht oder umgerüstet werden können;
7. auf die städtischen Tochterunternehmen einzuwirken, die Punkte 3 - 6 entsprechend in ihren Unternehmen umzusetzen und der Stadt vierteljährlich hierüber zu berichten;
8. auf von der Stadt maßgeblich geförderte freie Träger, Vereine, Institutionen und Einrichtungen einzuwirken, ebenfalls schadstoffarme Fahrzeuge einzusetzen.

zu 8.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Querungshilfe - Zebrastreifen
Vorlage: VO/1131/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge prüfen, ob eine Querungshilfe - beispielsweise ein Zebrastreifen - in der Georg-Vogt-Straße in der Höhe des Spiegelstuweges an geeigneter Stelle eingerichtet werden kann.

zu 8.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ferienbetreuung
Vorlage: VO/1132/2007

Die Vorlage wurde im Sozialausschuss beraten und zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

zu 8.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Essensausgabe der Emil-von-Behring Schule
Vorlage: VO/1133/2007

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss und im Schul- und Kulturausschuss beraten. Der Schul- und Kulturausschuss hat die Vorlage auf Wunsch der Antragsteller zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 8.13 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Neubau Campus
Vorlage: VO/1140/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antragstext wurde im Bau- und Planungsausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

"Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Absichtserklärung der Landesregierung bezüglich der Universitätsentwicklung in Marburg.

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, sich umgehend beim Land Hessen ausdrücklich dafür einzusetzen, dass die Planungen der Philipps-Universität Marburg zum Neubau des Campus bei der Finanz- und Haushaltsplanung des Landes Hessen mit höchster Priorität behandelt werden."

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der so geänderten Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Sell (SPD), Stompfe (CDU), Markus (Bündnis 90/Die Grünen) und Oppermann (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Absichtserklärung der Landesregierung bezüglich der Universitätsentwicklung in Marburg.

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, sich umgehend beim Land Hessen ausdrücklich dafür einzusetzen, dass die Planungen der Philipps-Universität Marburg zum Neubau des Campus bei der Finanz- und Haushaltsplanung des Landes Hessen mit höchster Priorität behandelt werden.

**zu 8.14 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Radio Unerhört
Vorlage: VO/1143/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Aussprache zu diesem Antrag wurde nachträglich angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Weidemann (SPD), Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) und Oppermann (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst anschließend mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP gegen die Stimmen der CDU und der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg appelliert an die Mitglieder des hessischen Landtages, den § 57 HPRG in seiner jetzigen Form beizubehalten, da die hier geplante Änderung für die nicht-kommerziellen Lokalradios in Hessen, und damit auch für unser "Radio Unerhört Marburg", erhebliche finanzielle Einbußen zur Folge hätte und damit das Aus bedeuten würde.

Speziell die Marburger MDLs werden eindringlich aufgefordert, der geplanten Änderung des § 57- und damit dem absehbaren Aus für Radio Unerhört Marburg- nicht zuzustimmen.

**zu 8.15 Antrag Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Collegium Gentium
Vorlage: VO/1144/2007**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss von den antragstellenden Fraktionen zurückgezogen worden.

**zu 8.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ausschreibung Europabad
Vorlage: VO/1146/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Pfalz (CDU), Bürgermeister Dr. Kahle für den Magistrat und der Stadtverordnete Stompfe (CDU). Im Rahmen seines Wortbeitrages zieht der Stadtverordnete Stompfe die Vorlage zurück. Eine Abstimmung über den Antrag erübrigt sich daher.

**zu 8.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. Zusammenarbeit zwischen Stadt und
Landkreis
Vorlage: VO/1147/2007**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 8.18 Antrag Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Fahrzeuge
Vorlage: VO/1148/2007**

Der Magistrat wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die derzeit bestehenden 7 Schiedsamtbezirke in Marburg werden zeitversetzt auf 4 Schiedsamtbezirke reduziert.

**zu 8.19 Antrag der CDU-Fraktion betr. Prioritätenliste
Vorlage: VO/1160/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden ergänzten Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten bis zur Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 eine Prioritätenliste zur Sanierung von städtischen Gebäuden vorzulegen. Dazu sind die vom Magistrat bereits vorgelegten Berichte zum Gebäudemanagement, Energieberichte und das Standsicherheitsgutachten heranzuziehen.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem im Bau- und Planungsausschuss geänderten Antragstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten bis zur Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 eine Prioritätenliste zur Sanierung von städtischen Gebäuden vorzulegen. Dazu sind die vom Magistrat bereits vorgelegten Berichte zum Gebäudemanagement, Energieberichte und das Standsicherheitsgutachten heranzuziehen.

**zu 8.20 Antrag der CDU-Fraktion betr. ÖPNV-Fahrplananpassung
Vorlage: VO/1161/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Die Vorlage ist im Umweltausschuss als zuständigem Fachausschuss ausführlich unter Beteiligung der Stadtwerke beraten worden.

Der Antragstext wurde nach Abschluss der Diskussion wie folgt geändert:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Fahrplananpassung der Stadtwerke zum 16.04.2007 nach Möglichkeit berücksichtigt wird:

1. Die Schülerbeförderung wird insbesondere für die Stadtteile Schröck und Moischt durch zusätzliche Einsatzwagen verbessert.
2. Die Linie 3 wird von Cappel Moischer Str. über den Südbahnhof hinaus verlängert bis Wehrda Sachsenring und ersetzt damit die Linie C. Die Linie 2 fährt danach nur noch Sonntags über den Sohlgraben, wenn die

Linie 3 nicht verkehrt.

3. Die Linien 4, 11, 12, 13 und 14 werden dergestalt neu sortiert, dass durchgehende Verbindungen aus den äußeren Stadtteilen in die Innenstadt bestehen.
4. Die Linie 2 fährt stadteinwärts nicht mehr über den Hauptbahnhof.
5. Es wird eine zusätzliche Fahrt um 0.42 Uhr von Wehrda Sachsenring bis zum Stadtbüro eingefügt, die um 1.00 Uhr ab Hauptbahnhof fährt.
6. Im Samstagsverkehr werden die Außenstadtteile auch nachmittags bedient.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die so geänderte Vorlage zu beschließen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Simon (CDU), Sell (SPD), Pfalz (CDU), Heck (CDU), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Becker (SPD) und Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Fahrplananpassung der Stadtwerke zum 16.04.2007 nach Möglichkeit berücksichtigt wird:

1. **Die Schülerbeförderung wird insbesondere für die Stadtteile Schröck und Moischt durch zusätzliche Einsatzwagen verbessert.**
2. **Die Linie 3 wird von Cappel Moischer Str. über den Südbahnhof hinaus verlängert bis Wehrda Sachsenring und ersetzt damit die Linie C. Die Linie 2 fährt danach nur noch Sonntags über den Sohlgraben, wenn die Linie 3 nicht verkehrt.**
3. **Die Linien 4, 11, 12, 13 und 14 werden dergestalt neu sortiert, dass durchgehende Verbindungen aus den äußeren Stadtteilen in die Innenstadt bestehen.**
4. **Die Linie 2 fährt stadteinwärts nicht mehr über den Hauptbahnhof.**
5. **Es wird eine zusätzliche Fahrt um 0.42 Uhr von Wehrda Sachsenring bis zum Stadtbüro eingefügt, die um 1.00 Uhr ab Hauptbahnhof fährt.**
6. **Im Samstagsverkehr werden die Außenstadtteile auch nachmittags bedient.**

zu 8.21 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Nothelfer-Hinweise**
Vorlage: VO/1162/2007

Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss beraten und an das Kinder- und

Jugendparlament überwiesen worden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist die ebenfalls an das Kinder- und Jugendparlament.

zu 8.22 Antrag der CDU-Fraktion betr. Nutzungskonzept Turnergarten
Vorlage: VO/1168/2007

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt worden. Sie soll gegebenenfalls in einer veränderten Fassung neu eingebracht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück.

zu 8.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Rosenmontagszug 2007
Vorlage: VO/1172/2007

Vorlage zusammen mit TOP 8.8 beraten und beschlossen.

zu 8.24 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Errichtung einer Biogasanlage
Vorlage: VO/1181/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende ergänzte Fassung erhalten:

Die Stadtwerke Marburg werden beauftragt:

- zu überprüfen inwieweit der Standort des ehemaligen Heizkraftwerks der Universität auf den Lahnbergen zur Errichtung einer Biogasanlage geeignet scheint und inwiefern von diesem Standort aus eine Versorgung des neuen Eigentümers des Klinikums vorstellbar ist;
- mit dem Rhönklinikum in diesem Sinne Gespräche zwecks Versorgung mit elektrischer Energie und Wärme (und ggf. auch Kälte) aufzunehmen;
- ein geeignetes Konzept zur Realisierung dieser oder einer entsprechenden Anlage unter Kapitalbeteiligung Marburger BürgerInnen zu erstellen, welches für die Stadtwerke wie auch BürgerInnen gleichermaßen attraktiv erscheint;
- sollte sich die Biogasnutzung als nicht realisierbar erweisen sollte alternativ die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes auf Holzhackschnitzelbasis geprüft werden.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem so geänderten Antragstext.

Die Vorlage ist weiterhin im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu der geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen zwei Stimmen aus der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtwerke Marburg werden beauftragt:

- zu überprüfen inwieweit der Standort des ehemaligen Heizkraftwerks der Universität auf den Lahnbergen zur Errichtung einer Biogasanlage geeignet scheint und inwiefern von diesem Standort aus eine Versorgung des neuen Eigentümers des Klinikums vorstellbar ist;
- mit dem Rhönklinikum in diesem Sinne Gespräche zwecks Versorgung mit elektrischer Energie und Wärme (und ggf. auch Kälte) aufzunehmen;
- ein geeignetes Konzept zur Realisierung dieser oder einer entsprechenden Anlage unter Kapitalbeteiligung Marburger BürgerInnen zu erstellen, welches für die Stadtwerke wie auch BürgerInnen gleichermaßen attraktiv erscheint;
- sollte sich die Biogasnutzung als nicht realisierbar erweisen sollte alternativ die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes auf Holzhackschnitzelbasis geprüft werden.

zu 8.25 **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Programm Soziale Stadt**
Vorlage: VO/1185/2007

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, für die Gebiete Stadtwald und Waldtal die Aufnahme in das Programm Soziale Stadt zu beantragen.

zu 8.26 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung der Anordnung des HMdJ (Bleiberechtsregelung)**
Vorlage: VO/1186/2007

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo

(Bündnis 90/Die Grünen). Die Vorlage ist im Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen in einen Berichts Antrag umgewandelt worden, der folgenden Text hat:

1. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung (STVV) zu berichten, dass die Anordnung des Hessischen Innenministers vom 28.11.2006 so umgesetzt wird, dass die Spielräume der Anordnung zu Gunsten der Antrag stellenden Personen ausgenutzt werden.
2. Der Magistrat wird gebeten, der STVV zu berichten, dass auf das Regierungspräsidium in Gießen eingewirkt wird, damit die Unterlagen von Personen, die von der Bleiberechtsregelung betroffen sein können, unverzüglich und vollständig an die Ausländerbehörde der Stadt Marburg übermittelt werden.
3. Der Magistrat wird gebeten, der STVV zu berichten, dass bei Personen, die von der Bleiberechtsregelung betroffen sein können, die Kosten für die Ausstellung von Reisepässen oder deren Ersatzdokumente übernommen werden.
4. Der Magistrat wird gebeten, der STVV zu berichten, dass mit dem Magistrat zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeitgeber (in) der Stadt über die Auswirkungen der Anordnung des Hessischen Innenministers informiert werden, damit die Arbeitsplatzsuche der von der Bleiberechtsregelung Betroffenen nicht unnötig erschwert wird. Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjobcenter des Landkreises soll hierbei angestrebt werden.
5. Der Magistrat wird gebeten, der STVV in geeigneter Form über die *Statistik nach Nr. 11 der Anordnung des Hessischen Innenministers vom 28.11.2006 ab dem 01. April 2007* zu berichten.

Der Bericht des Magistrats soll dem Protokoll der STVV beigelegt werden.

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem so geänderten Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung (STVV) zu berichten, dass die Anordnung des Hessischen Innenministers vom 28.11.2006 so umgesetzt wird, dass die Spielräume der Anordnung zu Gunsten der Antrag stellenden Personen ausgenutzt werden.**
2. **Der Magistrat wird gebeten, der STVV zu berichten, dass auf das Regierungspräsidium in Gießen eingewirkt wird, damit die Unterlagen von Personen, die von der Bleiberechtsregelung betroffen sein können, unverzüglich und vollständig an die Ausländerbehörde der Stadt Marburg übermittelt werden.**
3. **Der Magistrat wird gebeten, der STVV zu berichten, dass bei Personen, die von der Bleiberechtsregelung betroffen sein können, die Kosten für die Ausstellung von Reisepässen oder deren Ersatzdokumente übernommen werden.**

4. Der Magistrat wird gebeten, der STVV zu berichten, dass mit dem Magistrat zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeitgeber (in) der Stadt über die Auswirkungen der Anordnung des Hessischen Innenministers informiert werden, damit die Arbeitsplatzsuche der von der Bleiberechtsregelung Betroffenen nicht unnötig erschwert wird. Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjobcenter des Landkreises soll hierbei angestrebt werden.
5. Der Magistrat wird gebeten, der STVV in geeigneter Form über die *Statistik nach Nr. 11 der Anordnung des Hessischen Innenministers vom 28.11.2006 ab dem 01. April 2007* zu berichten.

Der Bericht des Magistrats soll dem Protokoll der STVV beigefügt werden.

zu 8.27 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge**
Vorlage: VO/1187/2007

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und Enthaltung der MBL-Fraktion und der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg appelliert an die Fraktionen der Großen Koalition in Berlin die angestrebte Bleiberechtsregelung für bisher nur geduldete Flüchtlinge so zu gestalten, dass folgende Forderungen erfüllt werden:

- a) Flüchtlinge sollen einen effektiven Schutz nach den Maßgaben internationaler Konventionen erhalten. Die restriktive Anhörungs- und Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge muss beendet werden.
- b) Die Lebenssituationen besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge wie Minderjährige, Traumatisierte, Opfer von Gewaltverbrechen usw. sollen die Behörden zusätzlich berücksichtigen.
- c) Länger hier lebende geduldete Flüchtlinge sollen durch eine gesetzliche Bleiberechtsregelung einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt erhalten.
- d) Um die Integration der betroffenen Menschen zu ermöglichen sollen alle in Deutschland lebenden Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, legal eine Beschäftigung aufzunehmen.
- e) Die Diskriminierungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz sollen aufgehoben werden.
- f) Eine großzügige Amnestie soll den Aufenthalt aller in Deutschland

lebenden Flüchtlinge legalisieren.

**zu 8.28 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung von
Parlamentsbeschlüssen
Vorlage: VO/1190/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzender Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde vorgeschlagen, den Antrag an den Ältestenrat zur weiteren Beratung zu überweisen.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung eine geänderte Antragsfassung zur Beschlussfassung empfiehlt. Der geänderte Antragstext liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor, er hat folgenden Text:

Der Magistrat wird beauftragt, über die Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg zu berichten. Dies soll sicherstellen, dass sowohl die Verwaltung als auch die StVV besser über die Umsetzung der Beschlüsse informiert sind und eine effizientere Steuerung der Antragsabwicklung erfolgt.

Die in der StVV vertretenen Fraktionen erhalten über das System Allris Zugang zum Stand der Beschlussrealisierung.

Zu erfassen sind mindestens: Der Beschluss, die zeitlichen Vorgaben durch die StVV, die zeitlichen Zielsetzungen für die Umsetzung durch die Verwaltung, die mit der Umsetzung beauftragten Stellen, der Stand der Umsetzung, die Gründe für auftretende Verzögerungen oder Nichtumsetzung und der Abschluss des Verfahrens.

In diesen Auftrag ist der Stadtverordnetenvorsteher einzubeziehen; insbesondere ist zu prüfen, ob ein Datenblatt entwickelt wird, in dem der Stand der Beschlussumsetzung dokumentiert wird.

Der Ältestenrat empfiehlt die Zustimmung zu dieser geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, über die Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg zu berichten. Dies soll sicherstellen, dass sowohl die Verwaltung als auch die StVV besser über die Umsetzung der Beschlüsse informiert sind und eine effizientere Steuerung der Antragsabwicklung erfolgt.

Die in der StVV vertretenen Fraktionen erhalten über das System Allris Zugang zum Stand der Beschlussrealisierung.

Zu erfassen sind mindestens: Der Beschluss, die zeitlichen Vorgaben durch die StVV, die zeitlichen Zielsetzungen für die Umsetzung durch die Verwaltung, die mit der Umsetzung beauftragten Stellen, der Stand der Umsetzung, die Gründe für auftretende Verzögerungen oder Nichtumsetzung und der Abschluss des Verfahrens.

In diesen Auftrag ist der Stadtverordnetenvorsteher einzubeziehen; insbesondere ist zu prüfen, ob ein Datenblatt entwickelt wird, in dem der Stand der Beschlussumsetzung dokumentiert wird.

zu 9 Kenntnisnahmen

**zu 9.1 Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2007
hier: Hst.2252001/940100 'Erneuerungsmaßnahmen (Friedrich-Ebert-Schule)'
Vorlage: VO/1106/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 9.2 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2006
hier: Erläuterungen zum Jahresabschluss
Vorlage: VO/1209/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:15 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

- Schriftliche Beantwortung von Kleinen Anfragen

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Anita Kaufmann
Weintrautstraße 47

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007

hier: Frage Nr. 31

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie viel nicht in Sportvereinen organisierte Gruppen die städtischen Sporthallen nutzen?

Sehr geehrte Frau Kaufmann,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Belegung der städtischen Sportanlagen kann aus beiliegender Aufstellung ersehen werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Hannelore Gottschlich
Oberer Eichweg 35

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007

hier: Frage Nr. 32

Was hat der Magistrat unternommen, um das Etablissement in der Brunnenstraße das sich zwar „Massage-Salon“ nennt, aber eindeutig - auch nach seinen Anzeigen - keine Massage-Praxis, sondern ein Sex-Etablissement ist, wieder zu schließen?

Zur Erinnerung - dieses Etablissement liegt am Schulweg der Grundschulkinder und neben der Evangelischen Kirche.

Sehr geehrte Frau Gottschlich,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Ein ordnungsrechtliches Einschreiten ist nur dann möglich, wenn ein gesicherter Nachweis vorliegt, dass sich Frauen in dem Massagesalon prostituieren. Die Ermittlungen der Polizei haben bisher keinen Nachweis erbracht.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Eva Chr. Gottschaldt
Elisabethstraße 1

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007

hier: Frage Nr. 33

Wie viele ZuwanderInnen haben 2006 in Marburg an einem Integrationskurs des Bundesamtes für Migration teilgenommen und welche Kosten sind den ZuwanderInnen dabei entstanden?

Sehr geehrte Frau Gottschaldt,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das Aufenthaltsgesetz unterscheidet bei dem Kapitel 3 „Förderung der Integration“ nach Teilnahmeberechtigten (§ 44) und zur Teilnahme Verpflichtete (§ 44a).

Von der Ausländerbehörde der Stadt Marburg wurden im Jahr 2006 an insgesamt 63 Personen Berechtigungsbescheinigungen bzw. Teilnahmeverpflichtungen ausgestellt.

Berechtigte:

- | | | |
|-----|---|------------|
| 01. | § 44 Abs. 1 AufenthG
insbesondere Personen, die erstmals eine Aufenthaltserlaubnis erhalten | 7 Personen |
| 02. | § 44 Abs. 4 AufenthG
Teilnahmeanspruch besteht nicht, kann im Rahmen verfügbarer Kursplätze vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zugelassen werden | 8 Personen |

Verpflichtete:

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 03. | § 44 a Abs. 1 Nr. 1 AufenthG
Personen, die sich nicht auf einfache Art in der deutschen Sprache mündlich verständigen können | 32 Personen |
|-----|---|-------------|

04. § 44 a Abs. 1 Nr. 2 AufenthG 16 Personen
Leistungsbezieher nach Zweitem Sozialgesetzbuch, wenn bewilligende Stelle (KJC) die Teilnahme anregt oder eine besondere Integrationsbedürftigkeit vorliegt

Die Kosten des Integrations- und Orientierungskurses trägt der Bund, wobei die Teilnehmerin bzw. der Teilnehmer einen Kostenbeitrag in Höhe von 1 Euro pro Unterrichtsstunde an das BAMF zu leisten hat (§ 9 Abs. 1 Integrationskursverordnung). Nach Abs. 2 besteht durch das BAMF die Möglichkeit, einen Befreiungsantrag zu stellen, sofern Leistungen nach dem Zweitem oder Zwölften SBG bezogen werden.

Da an den Integrationskursen auch noch andere Personengruppen (z.B. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler) teilnehmen, die nicht von der Ausländerbehörde einen Berechtigungsschein oder eine Teilnahmeverpflichtung erhalten haben, nimmt die Volkshochschule Marburg zu den tatsächlichen Teilnehmerzahlen und zu den weiteren Kursträgern ebenfalls Stellung:

2006 besuchten in der vhs Marburg 158 ZuwanderInnen einen Integrationskurs. 104 ZuwanderInnen waren von den Kosten befreit, da sie z. B. Arbeitslosengeld II erhielten. Die verbleibenden 54 TeilnehmerInnen zahlten pro Unterrichtsstunde 1,00 € als Eigenanteil, (zum Vergleich: vhs Gebührensatz für Lehrgänge 1,75 €).

Die Zahl ist deutlich höher als die von der Ausländerbehörde gemeldete, da viele TeilnehmerInnen über die vhs an das Bundesamt einen Antrag auf Zulassung nach § 44 Abs. 4 gestellt haben; außerdem sind z. B. durch das Bundesamt geförderte SpätaussiedlerInnen hinzugekommen. Zu den ZuwanderInnen, die bei anderen zugelassenen Kursträgern in Marburg den Integrationskurs besuchten, kann die vhs keine Angaben machen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneter
Ingo Lohse
Steinrücken 6

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007

hier: Frage Nr. 34

**Wie gedenkt der Magistrat dem permanenten Vandalismus in der Jägerkaserne
Einhalt zu gebieten?**

Sehr geehrter Herr Lohse,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die GeWoBau hat bisher keinen Vandalismus auf ihren Grundstücken feststellen können. Die Stadtwerke Marburg, Immobilien GmbH, teilt mit, dass im Zusammenhang mit einer politischen Veranstaltung Wandschmierereien am Technologie- und Tagungszentrum (TTZ) festgestellt wurden und es nach dem Auffinden eines Päckchens mit Schwarzpulver zu einer Räumung des Gebäudes kam. Von „permanentem Vandalismus“ in der Jägerkaserne kann man unserer Auffassung nach nicht sprechen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Karin Schaffner
Rentmeisterstraße 30

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007
hier: Frage Nr. 35

Die Busschranke zu dem Neubaugebiet "Obere Moischer Straße" ist mal wieder defekt. Was gedenkt der Magistrat gegen diesen Dauerzustand zu unternehmen?

Sehr geehrte Frau Schaffner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Schranke zur Umweltstraße in Cappel ist bereits zum wiederholten Mal gezielt beschädigt worden. Bei der aktuellen Störung ist von gezielter Sabotage gegen die Busschranke auszugehen, da ein Nagel in den Schlüsselschalter getrieben worden ist. Die Stadtwerke unternehmen alle erforderlichen Schritte, um nach mutwilligen Beschädigungen den ordnungsgemäßen Betrieb der Schranke wieder aufnehmen zu können.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Anni Röhrkohl
Am Schlag 59

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007

hier: Frage Nr. 36

Kann der Magistrat darauf hinwirken, dass im Elisabethjahr die Sauberkeit der Bickeltreppe durch die verschiedenen Eigentümer der Treppe (Privatleute, Kirche, Universität) gegeben ist, damit den Gästen der Stadt ein erfreulicher Anblick geboten wird?

Sehr geehrte Frau Röhrkohl,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der DBM hat sich bereit erklärt - entgegen der satzungsrechtlichen Regelung, nach der die Anwohner/-innen zuständig sind - die Reinigung der Ludwig-Bickel-Treppe im Rahmen des City-Service-Projektes zu übernehmen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Anni Röhrkohl
Am Schlag 59

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007
hier: Frage Nr. 37

**Wer ist zuständig für den Anstrich der Infotafel vor der Ruine der
Deutschordenskirche im Pilgrimstein und kann veranlasst werden, dass sie
gestrichen wird?**

Sehr geehrte Frau Röhrkohl,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Es handelt sich hier um eine Holzinfotafel zu der Ruine der Deutschordenskirche. Diese Infotafel befindet sich auf dem Gelände der Philipps-Universität Marburg.

Im Bezug auf das Elisabethjahr in 2007 wird sich der Magistrat dafür einsetzen, die Infotafel durch die Philipps-Universität Marburg erneuern bzw. Instand setzen zu lassen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneter
Dr. Ralf Musket
Wilhelm-Busch-Straße 57

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007

hier: Frage Nr. 38

Welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen oder sind geplant, um nach dem Wegzug der Unikliniken aus dem Lahntal die Abnahme der im Heizkraftwerk Ortenberg produzierten Wärmemengen zu gewährleisten und damit den rentablen Betrieb der klimaschonenden KWK-Anlagen?

Sehr geehrter Herr Dr. Musket,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Wegzug der Unikliniken aus dem Lahntal wurde seitens der Philipps-Universität schon vor mehr als 2 Jahren geplant und fand dann sukzessive statt.

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt haben die Stadtwerke Marburg GmbH mit der technischen Leitung der Philipps-Universität Gespräche geführt um sehr frühzeitig Informationen über Art und Umfang des Umzuges informiert zu sein und vor allen für die entsprechenden Nachnutzungen in diesen Liegenschaften als kompetenter Gesprächspartner für die Wärmeversorgung zur Verfügung zu stehen.

Auf jeden Fall ist es so, dass die Nachnutzungen hinsichtlich des Energieverbrauchs für die Wärmeversorgung nur ein Bruchteil dessen abfragen, was für den vollständigen Kliniksbetrieb erforderlich war.

Aus diesem Grund wurden auch besondere Anstrengungen unternommen, alle Neubauprojekte in Marburg Mitte an das Fernwärmenetzes des Heizkraftwerkes Ortenberg anzuschließen. Dies ist nach intensiven Verhandlungen mit den Investoren sowohl für das Kino, das neue Bankgebäude, das Ortenberg Center, aber auch für das neue entstehende Center „Marktdreieck Marburg“ (ehem. Fesergelände) gelungen.

Darüber hinaus wurde und wird die Infrastruktur der Wärmeversorgung so ausgebaut, dass bestehende Nahwärmeinseln im Stadtgebiet sukzessive an das Heizkraftwerk Ortenberg angeschlossen werden.

Dies betrifft vor allen Dingen den Bereich Stadthalle und ehem. EAM-Gelände.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneter
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007

hier: Frage Nr. 39

Welche Regressansprüche in welcher Höhe hat die Stadt Marburg bisher gegen die ausführenden Baufirmen des Ortenbergsteiges geltend gemacht und welche wurden anerkannt bzw. bezahlt?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Baumaßnahme Ortenbergsteg ist noch nicht schlussgerechnet. Es bestehen Forderungen seitens der Arbeitsgemeinschaft in Höhe von 2,117 Mio. € brutto, die jedoch nicht voll anerkannt werden können. Bisher wurden 1,595 Mio. € ausgezahlt. Wie hoch der anzuerkennende Betrag sein wird, steht derzeit noch nicht fest, da die Prüfung im Gange ist.

Es bestehen Gegenforderungen (Regressansprüche) von insgesamt ca. 36.000,00 € die seitens der Stadt vorbehalten wurden. Ein Ausgleich darüber soll in einer im Laufe des Frühjahrs 2007 anberaumten Verhandlung gefunden werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneter
Dr. Ulrich Rausch
Pappelweg 10

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007
hier: Frage Nr. 40

Muss man bei der An- bzw. Abmeldung des 1. Wohnsitzes andere Ämter, z.B. das Steueramt, ebenfalls selbst informieren?

Sehr geehrter Herr Dr. Rausch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Ja.

Die Frage, welche Ämter oder Institutionen automatisch von der Wohnsitzänderung informiert werden, ist in unterschiedlichen DatenübermittlungsVO geregelt.

Für die Aufgaben des Steueramtes gibt es diese Ermächtigungsgrundlage nicht.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneter
Dr. Ulrich Rausch
Pappelweg 10

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007
hier: Frage Nr. 41

Ist es nicht eine Selbstverständlichkeit, dass bei der Auslagerung der Raucherfraktion vor die Eingangstür, von Kneipen genügend große Aschenbecher zur Verfügung gestellt werden sollten?

Sehr geehrter Herr Dr. Rausch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Sollten durch das Rauchverbot in Gaststätten Verschmutzungen festgestellt werden, wird das Ordnungsamt entsprechende Anordnungen treffen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
09 st

Marburg, 05.04.2007
Barfüßerstraße 52, Zimmer 34
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneter
Dietmar Göttling
Stresemannstraße 40

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2007

hier: Frage Nr. 42

Wann hat die Stadt Marburg in welcher Form zugesagt, einem Förderverein, der zu einem großen Teil aus Nicht-Marburger-Vereinen besteht, zum Bau einer Tennishalle kostenlos ein Grundstück zur Verfügung zu stellen und zu den Baukosten von 1,28 Millionen Euro einen Zuschuss von ca. 30 % zu geben?

Sehr geehrter Herr Göttling,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der TCC 1982 Wehrda e. V. hat in einem Gespräch am 14.09.2006 beim Oberbürgermeister vorgetragen, dass er den Bau einer Tennishalle plant, weil die derzeit genutzte Halle von der Fa. Begro abgerissen werden soll.

Bei diesem Gespräch ist über die Bau- und Finanzplanung gesprochen worden.

Am 07.12.2006 berichtete die Oberhessische Presse über den Planungsstand und nannte Zahlen.

Das hat den FD Sport dazu veranlasst, dem TCC 1982 Wehrda e. V. unter dem Datum 14.12.2006 einen Brief zu schreiben aus dem wie folgt zitiert wird:

Sehr geehrter Herr Jung,

die Oberhessische Presse berichtet in ihrer Ausgabe vom 07.12.2006 über eine vom TTC Wehrda und Sportkreis abgehaltene Pressekonferenz oder einer Versammlung von Tennisvereinen der Stadt und des Landkreises. Wir können das im Detail nicht erkennen. Dabei wurden Zahlen genannt, die der Oberbürgermeister in der gemeinsamen Besprechung vom 14.09.2006 so nicht genannt hat.

Wir möchten deshalb möglichen Missverständnissen vorbeugen und klar stellen, dass städtische Mittel bis zur Höhe von 30 % der vom Land anerkannten Baukosten nur dann zur Verfügung gestellt werden können, wenn der Landkreis seinerseits einen deutlich erhöhten Kreiszuschuss zur Verfügung stellt. Grundvoraussetzung ist, dass eine belastbare Organisationsform beim Zusammenschluss der in der Frage kommenden Vereine gefunden wird.

Zitat Ende

Darüber hinaus ist festzustellen, dass das vom TCC 1982 Wehrda e. V. gewünschte Grundstück nicht kostenlos sondern in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden sollte, wenn alle Voraussetzungen stimmen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister